

SCHOOL-SCOUT.DE

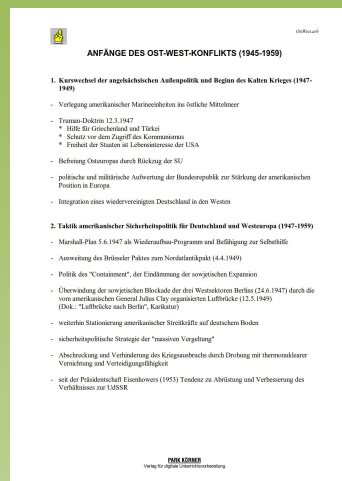
Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Deutsche Außenpolitik I: 1945-1969

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





ANFÄNGE DES OST-WEST-KONFLIKTS (1945-1959)

1. Kurswechsel der angelsächsischen Außenpolitik und Beginn des Kalten Krieges (1947-1949)

- Verlegung amerikanischer Marineeinheiten ins östliche Mittelmeer
- Truman-Doktrin 12.3.1947
 - * Hilfe für Griechenland und Türkei
 - * Schutz vor dem Zugriff des Kommunismus
 - * Freiheit der Staaten ist Lebensinteresse der USA
- Befreiung Osteuropas durch Rückzug der SU
- politische und militärische Aufwertung der Bundesrepublik zur Stärkung der amerikanischen Position in Europa
- Integration eines wiedervereinigten Deutschland in den Westen

2. Taktik amerikanischer Sicherheitspolitik für Deutschland und Westeuropa (1947-1959)

- Marshall-Plan 5.6.1947 als Wiederaufbau-Programm und Befähigung zur Selbsthilfe
- Ausweitung des Brüsseler Paktes zum Nordatlantikpakt (4.4.1949)
- Politik des "Containment", der Eindämmung der sowjetischen Expansion
- Überwindung der sowjetischen Blockade der drei Westsektoren Berlins (24.6.1947) durch die vom amerikanischen General Julius Clay organisierten Luftbrücke (12.5.1949) (Dok.: "Luftbrücke nach Berlin", Karikatur)
- weiterhin Stationierung amerikanischer Streitkräfte auf deutschem Boden
- sicherheitspolitische Strategie der "massiven Vergeltung"
- Abschreckung und Verhinderung des Kriegsausbruchs durch Drohung mit thermonuklearer Vernichtung und Verteidigungsfähigkeit
- seit der Präsidentschaft Eisenhowers (1953) Tendenz zu Abrüstung und Verbesserung des Verhältnisses zur UdSSR



DEUTSCHLAND UND DIE SIEGERMÄCHTE (1945-1949)

- Besatzungsstatut der Westmächte vom 10.4.1949
- Gründung der Bundesrepublik am 23.5.1949
 - * Protest der Sowjetregierung gegen "die Bildung einer Separatregierung für die Westzonen Deutschlands"
 - * Sowjetunion sieht in der Gründung der DDR "entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Europas"
 - * Adenauer erklärt das Regime in der DDR als rechtswidrig
- Statut für die Alliierte Hohe Kommission in der Bundesrepublik Deutschland vom 20.6.1949
 - * völkerrechtliche Handlungsunfähigkeit
 - * Überwachung der innerdeutschen Verwaltung und Gesetzgebung
 - * Kontrolle der Wirtschaft
 - * Verbot bzw. Beschränkung wichtiger Industriezweige
- Petersberger Abkommen vom 22.11.1949 gestattet der Bundesrepublik
 - * Beteiligung an internationalen Organisationen
 - * Konsular- und Handelsbeziehungen
 - * Lockerung der Beschränkungen beim Schiffbau
 - * Abbau der Demontagen
 - * Vorbereitung des Beitritts zur internationalen Ruhrbehörde



LEITLINIEN DER AUSSENPOLITIK KONRAD ADENAUERS (1949-1963)

1. Zur Stellung Westdeutschlands in der Nachkriegszeit

- Die Spaltung Europas und Deutschlands ist unabänderlich.
- Deutschlands Handlungsfähigkeit muss wiederhergestellt werden.
- Nur eine konsequente Hinwendung zum Westen und eine Aussöhnung mit Frankreich können Deutschland wieder lebensfähig machen.
- Nur eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit Frankreich und den Beneluxstaaten kann Frankreichs Sicherheitsinteresse befriedigen.
- Deutschland muss in den Europarat aufgenommen werden.
- Als Katholik, Rheinländer und Föderalist ist Adenauer einer nationalistischen oder preußisch-militaristischen Gesinnung und der Wahl Berlins zur Hauptstadt abgeneigt.
- Die Bundesrepublik ist die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes und fühlt sich mitverantwortlich für das Geschick der 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone.
- Seine Politik kann Adenauer als Bundeskanzler (1949-1963) und Außenminister (1951-1955) mit verteidigungspolitischen Aufgaben durchsetzen.
(Dok.: "Ja, das alles auf Ehr", Karikatur)

2. Zur Westintegration und zur europäischen Integration

- verstärkte deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Zeichen der Integration Westeuropas 1949-1955
- Aufnahme der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft
- Wiedergewinnung der vollen Souveränität und Aufnahme Deutschlands in den Kreis der freien Völker 1949-1955
- verstärkte Bemühungen um Frankreich 1958-1963 als Reaktion auf die veränderte Europapolitik der USA
- westeuropäische Ausrichtung und Bündnis mit Frankreich als Gegengewicht gegen amerikanische Herrschaftsansprüche
- dennoch Aufrechterhaltung der Allianz mit den USA
- Abrüstung und Rüstungskontrolle eher zweitrangig

3. Zur Wiedervereinigung

- Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer globalen Friedensregelung
- Wiedervereinigung nur in Absprache mit den USA
- Wiedervereinigung im Rahmen des Deutschlandvertrags von 1954
- Abrüstungsmaßnahmen und Beseitigung der Teilung Deutschlands als sich bedingende, parallele Maßnahmen
- Durchführung freier Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in der DDR und in Berlin als Grundvoraussetzung für die Wiedervereinigung
- Verpflichtung der drei Westmächte und der übrigen NATO-Staaten, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit voranzutreiben

4. Zum Verhältnis zur DDR

- Grundsatz der Selbstbestimmung durch freie Wahlen für alle Deutschen
- Politik der Isolierung und der Nichtanerkennung des sozialistischen deutschen Teilstaates DDR
- Optimistische Erwartungen in die Anziehungskraft des westlichen Lagers
- harter Anti-Kommunismus und Politik der Stärke

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Deutsche Außenpolitik I: 1945-1969

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

